



Arbeitskreis Frieden

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.

Stellungnahme des AK Frieden zum Antrag der ‚Grünen‘

Man hält es nicht für möglich, aber die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus stellte am 12. Mai 2026 den Antrag: „*Sowjetische Ehrenmale in Berlin geschichtlich einordnen und vor politischer Instrumentalisierung schützen.*“

<https://www.parlament-berlin.de/adoss/19/IIIPlen/vorgang/d19-3242.pdf>

Wer sollte gegen eine geschichtliche Einordnung und politische Instrumentalisierung und gegen die Begründung des Antrages etwas einwenden, wenn da erklärt wird:

*„Die vier sowjetischen Ehrenmale in Berlin sind zentrale Orte der Erinnerung an die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und zugleich Kriegsgräberstätten in Gedenken an die tausenden gefallenen Soldat*innen, die unter besonderem rechtlichen Schutz stehen. Dieses Gedenken an die sowjetischen Kriegstoten und die Würdigung der Rolle der Roten Armee bleibt unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur.“*

Doch was dann beantragt wird, steht dem vollkommen entgegen. Unter „*Weiterentwicklung einer lebendigen Erinnerungskultur*“ wird von der Fraktion – nicht etwa Aufklärung über die Machtergreifung der Faschisten 1933 oder der wortbrüchige Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion 1941-1945 – verstanden, sondern der „*russische Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022*“. Seitdem sei „*eine verstärkte politische Instrumentalisierung sowjetischer Ehren- und Denkmale durch das autoritäre Putin-Regime in Russland zu beobachten*“, so im Antrag.

Vorgeschlagen wird „*1. Eine verbindliche historisch-kritische Kontextualisierung an Standorten*“ der sowjetischen Denkmale „*durch mehrsprachige Informationstafeln sowie digitale Vermittlungsformate*“.

Was soll da erklärt werden, mit einer „*Sichtbarmachung der Vielfalt der Roten Armee und dem Schutz der Ehrenmale vor politischer ... >>>*“

Instrumentalisierung“?

Die Rote Armee war die Armee von Angehörigen aller Unionsrepubliken der Sowjetunion. Den gefallenen Sowjetsoldaten sind auch in Berlin Ehrenmale gewidmet, an denen ihrer, unabhängig ihrer Nationalität, seit Jahrzehnten immer gedacht wurde und wird. Ist es nicht anmaßend, wenn Politiker aus Deutschland, dem Land aus dem der Faschismus seine ungeheuren Verbrechen beging, sich erdreisten, die Ehrenmale nach aktuellem, Russland angreifenden, Duktus „*kontextualisieren*“ wollen?

Der Antrag ordnet auch nichts geschichtlich ein, sondern maßt sich an, mit durch nichts bewiesenen Behauptungen („*einer einseitigen nationalen Vereinnahmung*“) die Geschichte neu zu „*kontextualisieren*“; sie neu zu schreiben.

Die Denk- und Ehrenmale widerspiegeln die ereignisreiche historische Zeit jener Jahre und es liegt nicht im Ermessen unserer Zeit dem eine Prägung unserer Zeit aufzudrücken, schon gar nicht an Orten, wo diejenigen für unsere Befreiung ihr Leben einsetzten und dort ehrenvoll bestattet wurden.

Mit ihrem Antrag wollten die ‚Grünen‘ angeblich die sowjetischen Denk- und Ehrenmale in Berlin vor politischer Instrumentalisierung schützen, jedoch der Inhalt ihres Antrages offenbart, dass sie die angeheizte russophobe Atmosphäre infolge des NATO-Russland-Krieges in der Ukraine nutzen, um Geschichtsrevisionismus an sowjetischen Grabstätten zu betreiben. Was hat aber der Krieg in der Ukraine mit der Befreiung 1945 zu tun?

So wie die deutsche Erinnerungskultur derzeit praktiziert wird, ist der Antrag abzulehnen und im Sinne des antifaschistischen „Nie wieder Faschismus! – Nie wieder Krieg!“ zu gestalten.

Wir fordern, die Politiker der demokratisch gewählten Parteien auf, sich diesem Antrag, dieser Geschichtsrevision, zu verweigern.

**Sprecherrat Arbeitskreis Frieden
der Berliner VVN-BdA e.V.**

Berlin, Juni 2026

Mail: akfrieden.vvnberlin2024@gmail.com

